



Weltaidstag am 1. Dezember

Internationale Zusammenarbeit kann zur Beseitigung von HIV/AIDS beitragen

Laut Vereinten Nationen leben 35 Millionen Menschen weltweit mit HIV, 19 Millionen wissen nicht einmal, dass sie infiziert sind. Dabei ist es unerlässlich seinen Status zu kennen, um sich behandeln zu lassen und weitere Ansteckungen zu vermeiden. Vor allem Kinder erhalten viel zu selten Behandlung: Nur eines von vier Kindern ist in medizinischer Behandlung. Weltweit sind etwa drei Millionen Kinder HIV positiv.

Seit Beginn der Epidemie polarisiert HIV/AIDS die Gesellschaft: Menschen, die mit HIV/AIDS leben, sind im Alltag nach wie vor ausgegrenzt, leiden unter Vorurteilen oder Schweigen aus Scham. Das ist in Österreich und in anderen Ländern der Welt leider noch so. Schutz bieten unter anderem menschenrechtsbasierte Gesetzesgrundlagen. Deswegen ist es essenziell, dass weltweit Gesetze, die AIDS und HIV betreffen, vor allem auf die Menschenrechte der betroffenen Gruppen fokussieren und die Diskriminierung und Stigmatisierung beenden. Wichtig ist auch, dass die Prävention von HIV/AIDS und die Behandlung unter Wahrung der Menschenrechte von sich gehen. Es gibt in den Ländern unterschiedliche Erfahrungen, sodass internationaler Wissenstransfer sehr lohnend sein kann.

Studienreise nach Vietnam

Als Mitglied der beratenden Gruppe zu HIV/AIDS der Interparlamentarischen Union habe ich rund um den Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember an einer Studienreise und an einem Seminar in Vietnam teilgenommen. Der parlamentarische Austausch zur Beendigung von HIV/AIDS ist wichtig, weil Erfahrungen betreffend Auswirkung der Gesetzgebung geteilt und good practice-Beispiele weiter gegeben werden können. Dabei muss immer der menschenrechtsbasierte Ansatz immer im aller Aktivitäten und Vorhaben Zentrum stehen.

Vietnam ist das erste asiatische Land, das sich dem 90-90-90-Ziel von UNAIDS verschrieben hat. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag zum internationalen Ziel, die AIDS-Epidemie bis 2030 zu beenden. Konkret bedeutet es, dass 90 Prozent aller HIV-Infizierten ihren Status kennen sollen, 90 Prozent der Menschen, die wissen, dass sie mit HIV leben, in Behandlung sind und 90 Prozent aller Menschen, die Zugang zu medikamentöser Behandlung haben, ein so niedriges Niveau an HI-Viren in ihrem Körper haben, dass diese nicht mehr nachzuweisen sind und sie somit das Virus nicht weitergeben können.



Frauen in einer HIV/AIDS Beratungsstelle

Parlamentarisches Netzwerk für Demokratie und Menschenrechte

Frisch gebackenes Vorstandsmitglied von Parliamentarians for global Action (PGA)

Seit Anfang Dezember bin ich stolzes Vorstandsmitglied des parlamentarischen Netzwerkes Parliamentarians for Global Action (PGA), in dem über 1.000 Mitglieder aus rund 140 gewählten nationalen Parlamenten mit demokratischen Mitteln für Frieden und das Einhalten der Menschenrechte kämpfen.

Die Non-Profit Organisation wurde 1978 in Washington mit dem Ziel gegründet, globale Probleme auf legislativer Ebene anzupacken, die nationale Parlamente und Regierungen alleine nicht lösen können. In den Gründungsjahren stand die atomare Abrüstung im Vordergrund. Die nukleare Bedrohung in der Zeit des Kalten Krieges lies ParlamentarierInnen aus verschiedenen Ländern zusammenrücken, um am gemeinsamen Ziel der nuklearen Abrüstung und der friedlichen internationalen Kooperation zu arbeiten. Mittlerweile hat sich der Arbeitsschwerpunkt erweitert, wobei die universelle Umsetzung der Menschenrechte das Ziel ist:

Rechtsstaatlichkeit, also das Funktionieren der Gewaltenteilung in Gesetzgebung, Vollziehung und Rechtsprechung, sowie der Zugang für alle Menschen zum Rechtssystem und die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern sind genauso Thema, wie Nicht-Diskriminierung, die internationale Konfliktprävention und das Vermeiden von Straflosigkeit.

Gegen Straflosigkeit

Straflosigkeit von Verbrechen ist ein großes Problem, weil sie nicht nur das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert, sondern auch den Eindruck vermittelt, dass gegen bestimmte Delikte oder Personen nicht vorgegangen wird. In diesem Sinn ist es zu begrüßen, dass der Handlungsspielraum des Internationalen Strafgerichtshofes vor kurzen ausgeweitet wurde, um Straflosigkeit zu bekämpfen. Das Römer Statut, die Grundlage des Internationalen Strafgerichtshofes, erlaubt diesem derzeit bei

drei Delikten gegen Individuen aktiv zu werden, meist handelt es sich um Kriegsverbrecher, die in deren Heimatländer nicht vor Gericht gestellt werden (können). Die Delikte sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen. Das Kampala Amendement erlaubt dem Internationalen Strafgerichtshof in Zukunft auch, gegen Verbrechen der Aggression vorzugehen. Damit wird es möglich, Personen zur Verantwortung zu ziehen, wenn diese eine Angriffshandlung in die Wege geleitet haben, die das Gewaltverbot der UN-Charta offenkundig verletzt. Die für die länderübergreifende Kooperation notwendigen Adaptionen im österreichischen Recht wurden Mitte Dezember im Nationalrat beschlossen. Ab 2017 auch das Verbrechen der Aggression im heimischen Strafrecht zu finden sein. Erfreulicherweise ist Österreich damit unter den ersten Ländern, welche die gesetzliche Grundlage für die internationale Kooperation in der Strafverfolgung schaffen.



Nach einer informellen Aussprache mit Navi Pillay über Prioritäten in der Menschenrechtspolitik

Tag der offenen Tür im Parlament

Am Nationalfeiertag standen die Türen im hohen Haus offen

Es ist schon Tradition, dass am Nationalfeiertag nicht nur die Leistungsschau des Bundesheeres am Heldenplatz stattfindet, sondern auch, dass die Ministerien und das Parlament für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Das ist einerseits für die BürgerInnen spannend, weil die Räumlichkeiten des Hohen Hauses dann für jederman und -frau geöffnet sind und andererseits

weil wir Abgeordnete mit Menschen mit den verschiedensten Hintergründen in Kontakt kommen. Dabei haben wir PolitikerInnen die Möglichkeit, uns den Fragen der BürgerInnen außerhalb des Wahlkreises zu stellen, deren Anliegen zu hören und ihnen unseren parlamentarischen Arbeitsalltag näher zu bringen. Wie jedes Jahr war der Tag der offenen Tür auch heuer spannend!



Stärken des gemeinnützigen Engagements

Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich verbessern



Mit Andi Schieder und VertreterInnen der IGO bei der Übergabe des Civil Society Index Berichts

Ob im Umweltschutz, in der Entwicklungszusammenarbeit oder im Rettungsdienst: gemeinnütziges Engagement hat im sozialen Leben einen prominenten Stellenwert und es ist wichtig zu betonen, dass engagierte BürgerInnen Eckpfeiler einer starken Demokratie sind. Gemeinnützige Organisationen treten auch als Dienstleister im Sozialbereich auf, sie kämpfen gegen Rassismus und leisten so politische Arbeit.

Civil Society Index

Die IGO, die Interessenvertretung Gemeinnütziger Organisationen, hat einen Bericht zu den Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft veröffentlicht. Dabei wurde festgestellt, dass einige Punkte, wie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit eine gute rechtliche Basis genießen und auch in der Praxis zufriedenstellend gelebt werden.

Natürlich wurden auch viele Kritikpunkte geäußert. Legistischen Verbesserungsbedarf gibt es bei Beschäftigung und Freiwilligenarbeit im gemeinnützigen Bereich. Graubereich herrscht etwa bei mehrmonatigen Einsätzen im Ausland. Die derzeit gültigen Regelungen sind zu schwammig. Konkrete Verbesserungsvorschläge wurden auch in Hinblick auf Versicherungsschutz von Freiwilligen ausgesprochen: Bei ehrenamtlichen Tätigkeiten sollte eine Haftpflicht- und Unfallversicherung selbstverständlich sein.

Ein weiterer Vorschlag gilt der Verbesserung des Stiftungsrechtes für gemeinnützige Stiftungen. Derzeit gibt es in Österreich sehr wenige Stiftungen, die nicht private Ziele verfolgen. Um dies zu ändern, fordert die IGO deren steuerliche Begünstigung für gemeinnützige Stiftungen. Klubobmann Andreas Schieder und ich nahmen für die SPÖ Parlamentsfraktion den Bericht der IGO entgegen.

AWEPA feiert 30. Geburtstag

Parlamentarische Konferenz in Johannesburg mit Schwerpunkt Migration und Entwicklung

In enger Partnerschaft zwischen nationalen Parlamenten in Afrika und Europa setzt sich AWEPA für die Förderung der Demokratie, der Menschenrechte, die Armutreduktion und die friedliche Lösung von Konflikten ein. Dabei nimmt auch die Stärkung von Frauen eine wichtige Rolle ein. Im Oktober feierte die parlamentarische Kooperation ihren 30. Geburtstag!

Migration, Wirtschaftswachstum, Jugendarbeitslosigkeit

Rund um die Feierlichkeiten wurde bei einer Konferenz das Thema Migration und mögliche positive Effekte für Entwicklung behandelt. Dabei zeigte sich

klar, dass Migration ein wichtiges Thema für die afrikanischen Länder ist. Einerseits gibt es verständlicherweise laute Forderungen, afrikanische Flüchtlinge und MigrantInnen menschenwürdig zu behandeln. Andererseits wurde viel darüber diskutiert, dass Migration für Afrika und Europa zahlreiche positive Effekte haben kann, wenn sie gut gemanagt und legal ist.

Extrem hohe Zahlen bei Jugendarbeitslosigkeit sind für viele afrikanische Länder eine Herausforderung. Dabei haben gerade afrikanische Länder ausgesprochen hohe Wirtschaftswachstumsraten. Aber so lange Wirtschaftswachstum nicht für alle Teile der Bevölkerung positive Auswirkungen hat, indem zB

fair bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden, Chancen und der Zugang zu Ressourcen ungerecht verteilt sind, bleiben soziale Unterschiede bestehen.



Mit der Abg. Tanja Windbüchler in Johannesburg

Danke für die gute Zusammenarbeit und alles Gute fürs Neue Jahr

Punsch für den guten Zweck

Das Ende des Kalenderjahres ist eine passende Gelegenheit für die gute Zusammenarbeit zu danken und die besten Wünsche für das kommende Jahr auszusprechen!

Wie jedes Jahr lade ich wieder gemeinsam mit den Favoritner SPÖ Frauen zum Punschtrinken für den guten Zweck ein. Diesmal nicht in der Adventzeit, sondern schon im neuen Jahr. Der Erlös kommt wie immer der Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung stop FGM zu Gute.

Die Mitglieder der Plattform setzten sich auf unterschiedliche Arten gegen

diese Menschenrechtsverletzung ein: manche betreiben Bewusstseinsbildung in Österreich, die MigrantInnen aus den Ländern als Zielgruppe haben,



Österreichische Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung

wo FGM praktiziert wird, andere unterstützen Projekte direkt in den Ländern und wieder andere setzten sich auf politischer Ebene für eine bessere Prävention und Betreuung der Opfer und die Bestrafung der TäterInnen ein.

Punschtrinken zugunsten der Plattform stopFGM

Wann: Freitag, den 16. Jänner zwischen 16.00 und 18.00 Uhr

Wo: beim Punschstand Favoritenstraße 109/ Ecke Quellengasse (Unterhalb vom U-Bahnaufgang)

Ich freue mich, Euch dort zu sehen!